

## Sitzung des Stadtrates am 18. März 2013

Auch bei dieser Sitzung wurden die Ratsmitglieder schon vor dem Rathaus lautstark von Demonstranten empfangen. Einige demonstrierten gegen das geplante Factory-Outlet-Center in Hamborn und zahlreiche Eltern der Schüler der Realschule Fahrn demonstrierten gegen die geplante Schließung und Umwandlung der Schule in eine Sekundarschule. Da laut Tagesordnung nicht nur die Wahl neuer Dezernenten anstand, sondern auch die Haushaltsreden, war auch die örtliche Presse zahlreich vertreten, so dass es einige Zeit bedurfte, bis alle ihre Plätze eingenommen hatten und OB Link die Sitzung eröffnen konnte. Erfahrenere Teilnehmer spekulierten bereits, dass es eine lange Ratssitzung wird, dass die Sitzung jedoch erst um Mitternacht enden würde (und somit die vermutlich längste Ratssitzung aller Zeiten würde), ahnte zu Beginn noch niemand.

Auf dem ersten Tagesordnungspunkt stand die **Wahl eines neuen Beigeordneten für Familie, Bildung und Kultur**. Die Mehrheit des Rates hatte den bisherigen Dezernenten Karl Janssen in der letzten Sitzung nicht wieder gewählt, so dass die Stelle ausgeschrieben wurde und die Bewerber von Verwaltung und Ältestenrat geprüft und „vorsortiert“ wurden. Als einziger Bewerber stand zur Ratssitzung nur noch der langjährige Leiter des Duisburger Jugendamtes zur Wahl. Thomas Krützberg hatte sich in den vergangenen Wochen bei allen Fraktionen vorgestellt und auch bei der FDP einen sehr erfahrenen und kompetenten Eindruck hinterlassen. So überraschte es nicht, dass die überwiegende Mehrheit der Ratsmitglieder Herrn Krützberg wählte, nur die CDU stimmte dagegen. Die anschließende Zeremonie der Gratulanten mit guten Wünschen, Pressefotos und Blumengaben dauerte länger als die Abstimmung selbst. Der Oberbürgermeister dankte bei dieser Gelegenheit auch dem bisherigen Dezernenten Karl Janssen für seine Arbeit in den vergangenen 8 Jahren.

Danach stand die **Wahl eines neuen Dezernenten für Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz** auf der Tagesordnung. Der Vorgänger Dr. Peter Greulich wechselte zum 1. Januar 2013 in den Vorstand der Wirtschaftsbetriebe, daher musste auch diese Position jetzt neu besetzt werden. Auch diese Stelle wurde zwar öffentlich ausgeschrieben, jedoch gab es nur wenige Bewerber und SPD, Grüne und Linke hatten sich vorher geeinigt, dass allein die Grünen das Vorschlagsrecht für diese Position haben. So überraschte es (Insider) nicht, dass der Geschäftsführer der Ratsfraktion der Grünen, Herr Dr. Ralf Krumpholz, als einziger Kandidat von Rot-Rot-Grün zur Wahl stand. Gleichzeitig hatte sich aber auch die Geschäftsführerin der DWG-Ratsfraktion, Frau Dr. Eva Selic´ um diese Stelle beworben. Weil auch sie von der Verwaltung als qualifiziert erachtet wurde, schlug die DWG sie als Gegenkandidatin vor und beantragte gleichzeitig eine geheime Abstimmung. Da die CDU in der letzten Ratssitzung beantragt hatte, diese Dezernentenstelle komplett einzusparen (die FDP hatte sich dieser Forderung angeschlossen), teilte der CDU-Fraktionsvorsitzende Enzweiler mit, dass sich seine Fraktion nun auch nicht an der Besetzung dieser Stelle beteiligen wolle und somit nicht an der Abstimmung teilnehme. Die geheime Abstimmung dauerte über 30 Minuten und endet mit folgendem Ergebnis: 70 Stimmberechtigte (69 anwesende Ratsmitglieder und der OB), davon 23 CDU-Mitglieder und Ratsherr Happel (BU), die nicht abstimmten, verblieben 46 Wähler/innen. Davon stimmten 35 für Dr. Ralf Krumpholz, 7 für Dr. Eva Selic´, 3 Personen stimmten mit „nein“ und ein Ratsherr bzw. eine Ratsfrau enthielt sich der Stimme. Somit wurde der bisherige Grünen-Geschäftsführer Dr. Ralf Krumpholz zum neuen Umwelt-Dezernenten der Stadt gewählt. SPD, Grüne und Linke hatten an diesem Tag zusammen 39 Stimmen, die Herr Krumpholz aber offenbar nicht alle überzeugen konnte. Dennoch folge auch in diesem Fall ein zeitraubendes „Beglückwünschungs- und Fotografen-Ritual“.

In der nächsten Vorlage sollte beschlossen werden, dass die städtischen Bereiche Personal, IT-Strategie, Studieninstitut und das Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin zum Dezernat IV (**Dezernat für Arbeit, Soziales, Sport und Personal**) von Stadtdirektor Spaniel übergehen sollten. Ratsherr Elmar Klein von der CDU gab den Hinweis, dass diese Zuordnung nach einem Gerichtsurteil rechtlich nicht möglich sei und beantragte zunächst eine rechtliche Überprüfung durchzuführen und diese Entscheidung zu vertagen. Oberbürgermeister Sören Link antwortete, dass er sich der Situation zwar bewusst sei, es sich bei den Plänen aber um „jahrzehntelang gelebte Praxis“ in Duisburg handele und er daher eine Verschiebung der Entscheidung ablehne. Die Anwesenden diskutierten den Sachverhalt ungewöhnlich lang, letztendlich setzten sich SPD, Grüne und OB mit knapper Mehrheit durch (35 Stimmen), während CDU, DWG und Rh Happel dagegen stimmten (26) und sich die FDP und die Linken der Stimmen enthielten (8).

Erst jetzt, zu deutlich fortgeschrittener Zeit, begannen die **Reden der Fraktionsvorsitzenden zum vorgelegten Haushaltsplanentwurf für 2013.**

**Herbert Mettler, der Fraktionsvorsitzende der SPD** prangerte (geradezu prophetisch) sofort zu Beginn seiner Rede an, dass keiner der folgenden Redner alternative und seriöse Vorschläge unterbreiten wird. Er verteidigte massiv die zur Deckung der Haushaltslücke geplante Erhöhung der Grundsteuer B und provozierte die Opposition, in dem er als Alternative die Schließung von Oper oder Stadtteilbibliotheken „anbot“. Er rechnete vor, dass eine Zinersparnis von 330.000 Euro durch den Verkauf des städtischen Klinikums, wie es von FDP, CDU und DWG beantragt wurde, bei weitem nicht ausreiche (welche Berechnung dabei zugrunde lag, erschloss sich den Zuhörern nicht). Er kündigte an, dass die SPD alle alternativen Vorschläge zum Haushaltsplan von CDU, FDP und DWG ablehnen wird.

**Der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler** monierte, dass der Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke mit einem „millionenschweren goldenen Handschlag aus dem Amt gejagt wurde“ und gleichzeitig die DVV als Dachgesellschaft der Stadtwerke hohe Zuschüsse von der Stadt benötige. Weiter prangerte er an, dass SPD, Grüne und Linke den Vorstand der Wirtschaftsbetriebe von einen auf drei Personen aufgestockt haben, was Mehrkosten von über 400.00 Euro jährlich verursache. Mit dieser Summe könne man z.B. das aktuelle Finanzproblem des Duisburger Zoos lösen. Als Alternative zur Erhöhung der Grundsteuer B forderte er den Verkauf des städtischen Klinikums, um die Sparvorgaben der Bezirksregierung zu erfüllen und er weist darauf hin, dass sich die Stadt als Anteilseigner des Klinikums demnächst an den Sanierungskosten in Höhe von 140 Mio. Euro beteiligen müsse.

**Prof. Dr. Dieter Kantel, der Fraktionsvorsitzende der Grünen** erklärte direkt zu Beginn seiner Rede, dass der erst vor wenigen Monaten beschlossene Haushaltssanierungsplan bereits jetzt wieder korrigiert werden musste, z.B. wegen der Kosten für die U3-Betreuung, dem neuen Brandschutzbedarfsplan oder der Kosten für die hohe Zahl von Armutsflüchtlingsen die sich in Duisburg niedergelassen haben. Er vermutete, dass „einige sagen werden, dass dieser Haushalt auf Sand gebaut sei“, aber es gäbe keine andere Chance, „als auf Sand zu bauen“. Und wenn dieses Fundament zusammenbreche, „dann wird wohl jemand anders helfen müssen“... Er verteidigte die Erhöhung der Grundsteuer B, weil dies „eine soziale Komponente“ habe.

Die **stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, Martina Ammann-Hilberath** schimpfte über die privaten Anteilseigner des städtischen Klinikums. Sie erklärte, dass nun alle „Lügen gestraft würden“, die immer behaupteten, „dass Rot-Rot-Grün nicht mit Geld umgehen könne...“. Sie verteidigte die geplante Erhöhung der Grundsteuer B als „Notnagel“, um den Haushalt ausgleichen zu können. Lautes Lachen ertete sie, als sie behauptete, dass es Hausbesitzer geben solle, die die Erhöhung der Grundsteuer nicht im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf ihre Mieter umlegen würden.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der **DWG-Fraktion, Rainer Grün** kritisierte, dass Rot-Rot-Grün den Bürgern einen Neuanfang versprochen habe, der nun aber ausschließlich aus Steuererhöhungen bestehe. Er prangerte an, dass Rot-Rot-Grün zahlreiche „Spitzenjobs“ geschaffen habe, die nun von den Bürgern teuer bezahlt werden müssen und dass die geeigneten Kandidaten sich immer öfter in den Fraktionsgeschäftsstellen von SPD, Grünen und Linken befinden. Er fordert als Sparmassnahme die Reduzierung der Duisburger Stadtbezirke von 7 auf 3.

**Wilhelm Bies, der Fraktionsvorsitzende der FDP** erklärte in seiner Rede, dass das sogenannte „Tafelsilber“ der Stadt inzwischen nicht nur an Glanz verloren hat, sondern sogar zu Blei an den Füßen des Kämmerers geworden ist, was den städtischen Haushalt belaste. Er stellte die Frage, welche städtische Tochtergesellschaft je einen Konsolidierungsbeitrag für den Haushalt der Stadt geleistet habe. Wilhelm Bies reizte die Rot-Rot-Grüne Ratskooperation, indem er der „Koalition der Harmonie“ einen „festen Glauben an Vater Staat, Mutter Erde und dem absehbaren Sieg des Kommunismus“ ‚attestiert‘. Die städtischen „Bleibetriebe“ bezeichnete er als VEB-Wohnen, VEB-Busse oder VEB-Straßenbahnen. Für zustimmende Heiterkeit in der Opposition sorgt er, indem er die für Rot-Rot-Grün so wichtige ‚Daseinsvorsorge‘ als „maximal üppigste Versorgung derer, die da sind“ umschrieb. Er begrüßte ausdrücklich, dass nun auch die CDU bereit ist, den Anteil des Klinikums zu veräußern, mahnte aber den CDU-Fraktionsvorsitzenden mit den Worten: „Herr Enzweiler, da geht noch mehr. Ich schicke Ihnen unser Einsparprogramm zu...“. Ausdrücklich lobte Wilhelm Bies den neuen sachlichen Führungsstil im Bereich der Stadtentwicklung und bedankte sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Die letzte Haushaltsrede hielt **Ratsherr Knut Happel**. Er zählte auf, welche Personen in den vergangenen 2 Jahren von Rot-Rot-Grün entlassen oder versetzt wurden, „nur weil sie das falsche Parteibuch hatten“. Auch er prangerte die Erhöhung der Grundsteuer B an und forderte stattdessen, den Opernvertrag mit Düsseldorf nicht zu verlängern – und falls doch, dann nur mit einer drastischen Erhöhung der Eintrittspreise.

Mit den Reden waren die **Haushaltsberatungen** jedoch noch lange nicht beendet, es folgten zahlreiche Anträge aller Fraktionen, die den Haushaltsplan betrafen und um die ungewöhnlich hart gestritten wurde. Auch deshalb, weil SPD, Grüne und Linke sich nur sehr wenig mit den Themen auseinander setzten und immer wieder signalisierten, dass sie zu keinen Diskussionen bereit seien.

Z.B. hatte die Feuerwehr in Zusammenarbeit mit einem Gutachter einen neuen **Brandschutzbedarfsplan** entworfen, in dem erarbeitet wurde, mit wie viel Personal, welchen Gerätehäusern, welcher Ausrüstung und mit wie vielen Fahrzeugen die Duisburger Bevölkerung in den kommenden 5 Jahren geschützt werden soll. Oberstes Ziel war dabei, dass die Rettungskräfte jede Unglücksstelle (d.h. jedes Feuer) im Duisburger Stadtgebiet schnell erreichen und innerhalb der ersten 9 ½ Minuten Menschenleben retten können. Aus dem Plan ergaben sich jedoch Mehrkosten in Millionenhöhe, u.a. durch die Einstellung neuer Mitarbeiter bei der Feuerwehr. Trotz des umfangreichen Gutachtens einer Fachfirma zum Thema Arbeitszeit und erlaubter Überstunden reduzierte Rot-Rot-Grün in der Sitzung die erforderliche Anzahl der neu einzustellenden Feuerwehrleute und forderte die Feuerwehr auf, es zunächst mit weniger Personal zu versuchen. FDP und CDU sprachen sich dagegen aus.

CDU und DWG hatten einen Antrag gestellt, wonach der **Haushaltsansatz für das Integrationsreferat** um 200.000 Euro erhöht werden solle. Sie begründeten dies damit, dass dieses Amt sich mit der besonderen Problematik der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien beschäftigen muss, was mit hohen Mehrkosten verbunden ist. Die FDP-Fraktion konnte diesem Gedanken folgen und stimmte zu, alle anderen lehnten diesen Antrag mehrheitlich ab.

Die folgenden Abstimmungen waren im Ergebnis immer gleich: Zustimmung bei FDP, CDU und DWG, mehrheitliche Ablehnung bei Oberbürgermeister, SPD, Grünen und Linken. So z.B. bei einem Antrag der CDU, die **Selbsthilfekontaktstelle** finanziell zu stärken oder dem **Institut für gesundheitlichen Verbraucherschutz** keine Stellen zu streichen oder die nicht auskömmliche **Gebührensatzung für Dienstleistungen der Feuerwehr** anzupassen. Selbst als die CDU feststellte, dass verschiedene Einnahmen oder Ausgaben im Haushaltsplan fehlten, wie z.B. die Einnahmen aus dem gemeinsam betriebenen Call-Center der Stadt Dinslaken oder die offensichtlich deutlich zu hoch angesetzten Zinsen, stimmte der OB und die Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit dagegen, den vorgelegten Plan zu verändern.

Die FDP hatte ihre 7 **Vorschläge zum Verkauf von städtischen Gesellschaften und Anteilen** in diesem Jahr in einen einzigen Antrag zusammengefasst und dem Rat „als Prüfung angeboten“. Es sollte also nicht über den direkten Verkauf abgestimmt werden, sondern lediglich geprüft werden, ob, unter welchen Bedingungen und mit welchen Ergebnissen es möglich wäre, Anteile zu verkaufen. Selbst zu dieser völlig unverbindlichen Prüfung waren alle(!) anderen Fraktionen nicht bereit. Lediglich beim Thema Klinikum-Anteilsverkauf stimmten CDU und DWG zu, da sie zur heutigen Sitzung selbst ähnliche Anträge gestellt hatten.

Es folgten eine Reihe von **Anträgen der DWG-Fraktion** zur Förderung und Patenschaften von Sportvereinen, zur Erhöhung der Gebühren bei der Stadtbibliothek, zur Zusammenlegung der Leitungen von VHS und Bibliothek, zur Zusammenlegung der städtischen Gesellschaften FrischeKontor und DMG, zur Reduzierung der Bezirksvertretungen und zur Veräußerung städtischer Immobilien durch die Gebag und/oder die IMD. Bei einigen Vorschlägen blieb die DWG in der Abstimmung allein, einigen Ideen konnten sich FDP und CDU anschließen, aber alle Anträge wurden rigoros von OB und Rot-Rot-Grün abgelehnt.

Auch den Anträgen von CDU und DWG zum **Verkauf des 51%igen Anteils am städtischen Klinikum** schloss sich nur die FDP an. Dem merkwürdigen Vorschlag der CDU, die Kredite der Gebag durch die Stadtkasse abzulösen, weil die Stadt nur ca. 1,4% Zinsen zahlen muss und die Gebag mindestens 5,25% für ihre Kredite zahlt, schloss sich nur die DWG an, alle anderen Fraktionen empfanden diesen Vorschlag bedenklich. Auch FDP-Ratsherr Frank Albrecht machte deutlich, dass so eine vergünstigte „**Kredit- und Zinsweitergabe**“ zwischen Stadt und einer **städtischen Gesellschaft** rechtlich bedenklich wäre und die

Kreditwürdigkeit der Stadt in Frage stellen kann. Die CDU-Idee wurde auch nicht dadurch besser, dass die theoretisch ersparten Zinsen in der klammen Kasse des Zoos landen sollten.

Lange diskutiert wurde auch, als die CDU angesichts des harten Winters beantragte, zur **Instandhaltung städtischer Geh- und Radwege** zusätzliche 3 Millionen Euro in den Haushalt einzustellen. Der Oberbürgermeister empörte sich, weil er in seiner Veränderungsnachweisung bereits zusätzliche 2,5 Millionen für diesen Zweck vorgesehen hatte.

Die Veränderungsvorschläge zum Haushaltsplan von Oberbürgermeister, SPD, Grünen und Linken umfassten lediglich die erneute **Erhöhung der Grundsteuer B** auf die Rekordhöhe von 695% und die erneute **Erhöhung der Gewerbesteuer** auf 505% in 2014, 510% in 2015 und 520% im Jahr 2016.

Gegen Ende der Haushaltsberatungen stand dem Rat noch ein längerer Abstimmungs-marathon bevor. Über alle Beschlüsse, Veränderungen und Vorschläge der Bezirksvertretungen und der Ratsausschüsse, die den Haushalt betrafen, musste abgestimmt werden. Die FDP stimmte in der Regel allen Wünschen der Fachpolitiker und der Bezirksvertreter zu. Rot-Rot-Grün und der Oberbürgermeister verließen auch bei diesen Abstimmungen nicht die Linie der Verwaltung, die in nahezu allen Fällen empfahl, die Änderungen und Wünsche abzulehnen. Gegen 20:20 Uhr waren alle haushaltsrelevanten Themen besprochen und abgestimmt, so dass die Ratsmitglieder in die verdiente 2. Pause gehen konnten – zu einer Uhrzeit, die oft das Ende einer Ratssitzung darstellt, standen noch weitere 70(!) Beratungspunkte auf der Tagesordnung.

Bei einem weiteren **Zuschuss der Stadt an die städtische Gesellschaft DVV** in Höhe von 9,7 Millionen Euro waren sich Rot-Rot-Grün einig (im Dezember 2012 war bereits ein erster Zuschuss von 20 Millionen Euro an die gleiche Gesellschaft erfolgt). CDU, FDP und DWG enthielten sich der Stimme, es wurde jedoch lange über die Gründe für den erneuten Zuschuss diskutiert.

In einem weiteren Beschluss wurde dem **Zoo ein Verlustausgleich in Höhe von 3,2 Millionen Euro** gewährt. Da die Gründe in diesem Fall ersichtlicher waren, genehmigte der Rat den Zuschuss einstimmig.

Es folgten die üblichen **Beschlüsse zu zahlreichen städtischen Gesellschaften**, wie z.B. Jahres- und Wirtschaftspläne, sowie Änderungen von Gesellschaftsverträgen und Satzungen. Wie üblich, enthält sich die FDP-Ratsfraktion bei allen Gesellschaften, bei denen sie nicht in den Aufsichtsgremien vertreten ist.

Die **Verlängerung des Gesellschaftervertrages zur Deutschen Oper am Rhein (DOR)** beschloss der Rat ohne Diskussion und einstimmig. Vermutlich, weil alle Anwesenden froh über die „Rettung“ der Oper waren und das Thema in den vergangenen Wochen ausgiebig diskutiert wurde. Ein unabhängiger Gutachter hatte in den vergangenen Monaten verschiedene Möglichkeiten und Einsparungen aufgezeigt. Der Aufsichtsrat der DOR hatte sich über Modalitäten und Zuschusssummen der beiden Städte geeinigt und auch der Kulturausschuss hatte sich in einer Sondersitzung mit dem Thema beschäftigt.

Die **Erhöhung der Eintrittspreise für Schauspiel** im Theater, die wenige Tagesordnungspunkte später zur Abstimmung stand, lehnte die FDP als einzige Fraktion ab. Da es sich hierbei um eine Maßnahme des Haushaltssanierungsplanes handelte, den die FDP abgelehnt hatte, war diese Entscheidung nur konsequent.

Als einzige Fraktion lehnte die FDP auch andere Maßnahmen aus dem Haushaltssanierungsplan (HSP) ab, wie z.B. die **Abschaltung von Straßenbeleuchtungen** in Hamborn, Rheinhausen und im Bezirk Mitte.

Um fast 22:00 Uhr stand dann die „**Gründung von Sekundarschulen**“ auf der Tagesordnung. Mit dieser Vorlage sollte auch die Umwandlung der Realschule Fahrn zu einer Sekundarschule beschlossen werden, der Grund, warum zu dieser Uhrzeit immer noch viele Eltern mit Transparenten auf den Zuschauertribünen saßen. FDP-Ratsfrau Betül Cerrah sprach sich gegen die Einführung der Sekundarschule aus und Oberbürgermeister Sören Link verteidigte die Idee. Zu den Protesten in Fahrn sagte er, dass die jetzt demonstrierenden Eltern ja in einigen Jahren, wenn die Umwandlung erfolgen sollte, nicht mehr betroffen wären. Vermutlich wegen der immer noch demonstrierenden Eltern folgte ein langer Schlagabtausch zwischen allen Fraktionen, obwohl letztendlich alle – außer der FDP – der Vorlage und somit der Gründung von Sekundarschulen zustimmten.

Erneute langatmige Diskussionen kamen auf, als der Beschluss anstand, dass das **Theater am Marientor (TAM)** wie vor Jahren beschlossen, verkauft werden solle, dabei aber die Interessen der Philharmoniker

berücksichtigt werden sollten, die solange dort spielen (müssen), bis die Mercatorhalle repariert wird. FDP, Grüne und CDU hatten Änderungsanträge gestellt, wonach die Interessen der Philharmoniker nicht nur berücksichtigt werden sollten, sondern sogar Verkaufsbedingung werden sollten. Der Kämmerer „kämpfte“ geradezu dagegen, dass gegenüber eines potentiellen Käufers diese Bedingung durchgesetzt werden solle, obwohl es dem Vernehmen nach z.Z. wohl keinen ernstzunehmenden Käufer für das TAM gibt. Die Diskussion zog sich und steckte schließlich in einer Sackgasse (zumal SPD und Linke allein keine eindeutige Mehrheit hatten). FDP-Ratsherr Frank Albrecht versuchte einen Kompromiss, indem er anbot, dass sich die FDP (und ggf. auch die CDU) dem Antrag der Grünen anschließen würde und den eigenen Antrag zurückziehe. Leider war die CDU zu diesem Schritt nicht bereit. So kam es zu einer erneuten Sitzungsunterbrechung, in der SPD und CDU verhandelten. Das (aus liberaler Sicht naive) Ergebnis war, dass der Oberbürgermeister nach(!) einem erfolgten Verkauf des TAM mit dem Käufer verhandeln solle, ob dieser nicht Spielzeiten für die Philharmoniker zur Verfügung stelle. CDU, SPD und Linke hatten bei dieser Abstimmung die Mehrheit, die Grünen enthielten sich der Stimme, FDP und DWG nahmen an dieser Abstimmung nicht teil.

Das TAM war aber immer noch nicht das letzte Thema der Sitzung, das zu heftigen Diskussionen reizte. Als nächstes stand die **Einrichtung eines NS-Dokumentationszentrums** auf der Tagesordnung. Die Verwaltung hatte eine provisorische Lösung in einem Nebenraum des Stadtarchivs vorgeschlagen, nachdem die Unterbringung im neuen Gebäude der VHS und Stadtbibliothek (Stadtfenster) nicht möglich war – die 'Stadtarchiv-Lösung' wurde aber schon im Kulturausschuss von allen Fraktionen abgelehnt. Während CDU und DWG immer noch darauf bestehen, dass das NS-Doku-Zentrum in das Stadtfenster integriert werden solle, forderten SPD, Grüne und Linke, dass der OB bis zur Ratssitzung im Juli einen neuen geeigneten Standort präsentieren solle. Rot-Rot-Grün setzten sich auch hier durch, die FDP enthielt sich der Stimme.

Deutlich schneller, ohne Diskussionen und in allen Fällen einstimmig beschlossen die Ratsmitglieder hintereinander 17 Vorlagen, die sich mit **Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen** im gesamten Stadtgebiet beschäftigten.

Bereits nach 23:00 Uhr stand eine Resolution von SPD, Grünen und Linken mit dem Titel „**Wasser ist Menschenrecht**“ auf der Tagesordnung. Trotz später Stunde und obwohl es sich nicht um einen Beschluss des Stadtrates handelte, wollte der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies die falschen Behauptungen und Ängste, die bei diesem Thema geschürt werden, nicht einfach so 'durchgehen' lassen. Zusammengefasst: Das Europäische Parlament plant, dass wenn(!) der Verkauf eines kommunalen Wasserwerkes ansteht, dies dann europaweit ausgeschrieben werden soll. Bisher gab es immer sofort und ohne jede Ausschreibung eine kommunale Gesellschaft (meist die örtlichen Standwerke), die das Wasserwerk kauften. Das hatte den Vorteil dass die Gewerbesteuer weiterhin in die eigene Stadtkasse floss und die örtliche Politik den Aufsichtsrat besetzen konnte... Dies soll demnächst nicht mehr so einfach möglich sein. Eine zwangsweise „Privatisierung des Wassers“, wie der Bevölkerung europaweit suggeriert wird, ist damit in keiner Weise verbunden. Dies hat Wilhelm Bies versucht klarzustellen, dennoch wurde die Resolution von allen Fraktionen (außer der FDP) beschlossen.

Gegen 23.30 Uhr beschloss der Stadtrat einstimmig(!) einen Antrag der FDP-Ratsfraktion, wonach die Verwaltung prüfen möge, welche technischen und rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um **die Sitzungen des Rates per Livestream ins Internet zu übertragen**. Überraschenderweise gab es hierzu keine Diskussionen, obwohl sich die großen Fraktionen bisher immer dagegen ausgesprochen hatten. Evtl. lag es daran, dass hier nur eine Prüfung verlangt wurde und kein endgültiger Beschluss gefasst werden sollte oder aber weil es bereits mehrere andere Städte gibt (z.B. Essen und Bonn), die ihre Sitzungen ins Internet übertragen.

Einen weiteren Erfolg konnte die FDP-Ratsfraktion mit ihrer Anfrage zum Thema **Dichtheitsprüfungen** verbuchen. Der zuständige Dezernent Carsten Tum beantwortete 12 Fragen zum Thema, die deutlich machten, dass weder die Verwaltung, noch die zuständigen Wirtschaftsbetriebe planen, die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und eine spezielle Satzung zur zwangsweisen Durchführung von Dichtheitsprüfungen erlassen möchten. Somit bleibt es bei der gesetzlichen Regelung, so dass alle Häuser in ausgewiesenen Wasserschutzgebieten eine Prüfung durchführen müssen (was in den meisten Fällen schon vor Jahren erfolgt ist), alle anderen Hausbesitzer aber davon verschont bleiben.

Die nächste Ratssitzung ist für den 13. Mai 2013 geplant, danach erhalten Sie wieder ein Ratsinfo. Die FDP-Ratsfraktion wünscht Ihnen schöne Feiertage und erholsame Ferien.